

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordinstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf,
Konfordinstraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken,
Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Arbeit oder völlige Verelendung?

Die sozialdemokratische „Rhein. Ztg.“ (Nr. 145) schrieb kürzlich: „Die Erkenntnis ist heute Gemeingut, daß weder Sozialisierung noch Betriebsräte unsere Erzeugung und damit den Wert unserer Arbeit zu heben vermögen. Wir haben nur die Wahl zwischen Arbeit und völliger Verelendung.“

So ohne jede Einschränkung kann man wohl nicht behaupten, daß diese Erkenntnis Gemeingut geworden ist. Es wird ja nachgerade, meist von unverantwortlichen Leuten, fast stumpfsinnig bei jeder möglichen Gelegenheit zum Streiken aufgefordert. Die übertriebene Streikerei verringert die Menge unserer Verbrauchsgüter in gewaltigem Maße. Sie muß letzten Endes dazu führen, daß der Anteil, den jeder Einzelne an den Verbrauchswerten erhält, in gleichem Maße kleiner wird, wie Verbrauchsgüter wegen der Streiks weniger erzeugt werden.

Unser Geld besaß wirklichen Eigenwert, solange wir in der Lage waren, unser Papiergeld jederzeit in jeder in Betracht kommenden Menge beliebig in Goldgeld umzuwechseln zu können. Wer mehr Gold in der Hand hat, der kann sich auch von den andern verlockenden Gütern dieser Welt mehr verschaffen. Heutzutage aber paßt das alles für unsere deutschen Geldverhältnisse nicht mehr. Die Golddeckung unseres Papiergeldes ist so knapp geworden und wird von Tag zu Tag in so erschreckendem Maße knapper, daß, wenn man anfangen wollte, unser jetziges Geld in Gold umzutauschen, fast im Handumdrehen unser ganzer Goldvorrat erschöpft wäre. Der Wert unseres Geldes besteht jetzt in der Hauptsache darin, daß man deutsche Arbeit oder deutschen Arbeitsertrag dafür erhalten kann.

Die Arbeitskraft und der Arbeitswille unseres Volkes sind es, die unsern Gelde heute noch einen leidlichen Kredit verschaffen; also an erster Stelle statt des Goldes seine Deckung bilden. Je mehr nun die Arbeitskraft und der Arbeitswille bei uns sinken, umso wertloser muß unser Geld werden. Damit wird unser Papiergeld schließlich immer mehr zum wertlosen Wisch. In gleichem Maße aber muß alle Arbeit und alles, was von ihr erzeugt wird, ziffernmäßig teurer werden, oder, anders ausgedrückt, umso höher werden die Löhne klettern und um so weniger wird man für sie kaufen können.

Darum enthält die neuerdings von schwedischen Arbeiterführern an ihre Genossen ausgegebene Parole:

„Nicht mehr Geld, sondern wertvolleres Geld!“

angesichts unserer Lage eine Wahrheit von gar nicht zu überbietendem Ernst. Durch das fortgesetzte sich-gegenständig-bestreiten, aus allen möglichen — meist politischen — Ursachen heraus, wird das Elend des deutschen Volkes mit jedem Tage größer. Alle Einsichtigen müssen endlich erkennen, daß wir mit diesen Streiks, Massenstreiks, Sympathie- und Generalstreiks dem todsicheren Verderben entgegengehen.

Bei den allermeisten dieser Streiks hat sich der überaus unheilvolle Einfluß der sozialdemokratischen Parteien auf die „freien“ Gewerkschaften erneut klar und deutlich gezeigt. Da haben sich die deutschen Gewerkschaftsführer seit Jahrzehnten redlich bemüht, nach und nach einige Fanten wirtschaftlicher Einsicht und vernünftiger Erwägung in den Arbeitermassen zu entzünden, und jetzt ist durch die Beeinflussung von Führern der verschiedensten sozialdemokratischen Parteiströmungen die tollste Wüßhagerei all dieser Einsicht und vernünftigen Erwägung eine fast Tag für Tag zu beobachtende Erscheinung. Manchen Hauptvorständen „freier“ Gewerkschaften sind in der letzten Zeit wiederholt die Bügel vollständig entglitten. Politische Streiks wurden über ihre Köpfe hinweg von radikalen Parteiagitatoren inszeniert, und sie mußten, wohl oder übel, sich fügen; zum Schaden der Arbeiter.

So zeigt sich immer mehr, daß eine sich frei nennende Gewerkschaftsbewegung in für die Arbeiterschaft wirklich unheilvoller Weise beeinflusst und als Werkzeug mißbraucht wird zu parteipolitischen und revolutionären Zwecken.

Im Juliheft der „Deutschen Arbeit“ weist Kollege Brauer in der Rundschau darauf hin, daß im Gegensatz zu dem Verhalten mancher „freien“ Gewerkschaftsführer christliche Arbeiter mit Aufbietung aller Energie sich gegen die dem Abgrund zustrebende neueste Entwicklung der Arbeiterbewegung gestemmt haben. Er schreibt mit Bezug hierauf:

„Besonders im Westen Deutschlands, sowohl links- als rechtsrheinisch, ist doch schon eine merkwürdige Befreiung der christlichen Arbeiter von den revolutionären Phrasen zu beobachten. Es gibt wenigstens wieder Fälle, wo sie sich mit gehaltvoller Faust zuschwören, den unglaublich leichtfertig ausgegebenen Streikparolen einfach nicht mehr zu folgen. Wenn sie jetzt nur noch soweit kommen, daß sie gewillt sind, auch positiv sich gegen das langsame zu Tode Martern unseres Wirtschafts-körpers zur Wehr zu setzen, dann ist wenigstens noch einiger Anlaß zur Hoffnung auf eine baldige Besserung vorhanden. Es wäre das Schlimmste, was uns Deutschen begegnen könnte, wenn wir durch den Druck unserer Feinde auf einen anderen Weg gezwungen werden müßten, anstatt aus uns selbst heraus der entsetzlichen Krankheit Herr zu werden. Gerade jetzt ist der Zeitpunkt, wo jede Arbeiterbewegung zu beweisen hat, daß sie nicht bloß dem Namen nach, sondern auch in Wirklichkeit eine Kulturbewegung ist.“

Der Anfang ist „Kommunismus“, das Ende Trümmer und Gewaltanwendung gegen die Arbeiter.

Der Niedbruch des russischen Wirtschaftslebens unter der Herrschaft der Kommunisten bzw. Bolschewisten, ist bekannt. Um die total herunter gewirtschaftete Industrie wieder empor zu bringen, führen die Bolschewistenhauptlinge die abgeschafften „kapitalistischen Arbeitsmethoden“ in den Betrieben wieder ein. Ungarn hatte erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit die Bolschewistenherrschaft und die Räterepublik. Dort ist der vollständige Zusammenbruch bereits erfolgt. In einer Anfang Juni abgehaltenen Vollversammlung der Budapest Zentralrats haben die ungarischen Volksbeauftragten sehr trübe Bilder entrollen müssen. Man gab zu, daß die Sozialisierung des Grundbesitzes nur formell, jedoch in Wirklichkeit nicht durchgeführt sei. Die Ursache liege darin, daß die Feldarbeiter nicht das notwendige Arbeitsbewußtsein besäßen. In der Industrie hätten die Betriebskommissare und kontrollierenden Arbeiterräte ihre Aufgaben mißverstanden. Ohne fachlich gebildete Arbeitskräfte, sagte der Volksbeauftragte für Finanzen, Varga, sei jede Produktion unmöglich. Auch sei einzugehen, daß die industrielle Produktion um 50 Prozent im Verhältnis zum Frieden zurückgegangen sei. Auch in der Maschinenindustrie sei der Rückgang der individuellen Produktion sehr bedeutend. Die Ursachen hierfür seien das Aufhören der kapitalistischen Arbeitsdisziplin, während sich die neue Arbeitsdisziplin noch nicht herausgebildet habe, ferner die Aushebung der Akkordlöhne sowie der Umstand, daß die Arbeiter sich noch nicht zum kommunistischen Selbstbewußtsein durchgerungen hätten, welches verlange, daß jeder jebiel arbeiten müsse, als er könne, obwohl er nicht mehr bekomme als ein anderer. Diesem Umstand müßte entgegen durch Einführung von Prämien oder durch die Rückkehr zum Akkordsystem abgeholfen werden.

Das ist nur ein kleiner Teil des trüben Bildes, welches von der Lage enthüllt wurde. Man müßte sich zunächst durch den Kommunismus alles auf den Hund, schafft einen Trümmerhaufen und führt dann wieder Akkord- und Prämienysteme ein. Die neuen Machthaber treten zuletzt mit rücksichtsloser Gewalt gegen die Arbeiter, denen im Anfang das Paradies versprochen wurde, und die dann am Ende die Betroffenen sind, auf. Letzteres geht auch aus der Schilderung eines Stockholmer Berichterstatters hervor, der aus der bolschewistischen Zeit

schreibt „Glonowitschestsaja Schisn“ (Das Wirtschaftsleben) mehrere Tatsachen über den Niedbruch des russischen Wirtschaftslebens veröffentlicht hat. Unter anderem ist auch folgende Bemerkung des bolschewistischen Blattes über die Lage in der Textilindustrie bemerkenswert: „Nach der bolschewistischen Revolution im November 1917 begannen die Arbeiterräte eine gründliche Umgestaltung der Arbeiterschaft, mit dem Ergebnis, daß die Erzeugung gewaltig zurückging und ein Zustand völliger Anarchie in den Textilfabriken eintrat.“ Es ist nun weiter sehr interessant, zu sehen, zu welchen Mitteln die bolschewistischen Gewalthaber gegriffen haben, um das wirtschaftliche Chaos aufzuhalten, das sie selbst über das russische Volk gebracht haben. Der norwegische Sozialist Michel Printervold, der eine Studienreise nach Rußland gemacht hat, schreibt darüber in dem Stockholmer Blatt „Sozialdemokraten“ folgendes: „Um die Gütererzeugung wieder in die Höhe zu bringen, sind Ausstände durch eine Regierungsbeschluss verboten worden und werden mit rücksichtsloser Schärfe unterdrückt. Am Tage meiner Abreise von Moskau wurde beschlossen, 2000 Arbeiter der Gummifabrik Bogatyr auszusperren, weil sie gedroht hatten, die Herabsetzung ihrer Löhne mit einem Streik zu beantworten. Die Löhne der Arbeiter waren auf einen Durchschnitt von 1500 Rubel im Monat gesunken. Die Sowjetregierung hat sie auf 1050 Rubel für gelernte und 600 Rubel für ungelernete Arbeiter herabgesetzt.“ Hinzugefügt sei, daß die ausgesperrten Arbeiter keine Lebensmittelkarten erhalten, daß also die Disziplin durch die Drohung mit dem Hungertod aufrechterhalten wird. Im übrigen verfahren die Bolschewisten ganz nach den Methoden des kapitalistischen Zeitalters. Der in Moskau im Januar abgehaltene Allrussische Handelskongress erklärte sich für das Stückarbeit- und Prämienystem, das sofort darauf in der Kohlenindustrie Moskaus eingeführt wurde.

Die „Rote Fahne“ veröffentlichte kürzlich den Aufruf eines Betriebsrats aus Petersburg. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Genossen, Arbeiter! Dieses Uebel muß mit der Wurzel ausgerissen werden. Wir haben beschlossen, mit allen Mitteln gegen das Sinken der Produktionskraft und die Uebertretungen der festgesetzten Arbeitsdisziplin anzukämpfen.“

Um diese zu erreichen und die üblichen Beschuldigungen der ganzen Arbeitsgemeinschaft zu vermeiden, wird von jetzt ab eine genaue Berechnung der Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter sowie der Abteilungen vorgenommen werden.

Hiermit verkünden wir, daß künftighin jeder Arbeiter und Angestellte, der die ihm gesetzte Norm nicht erreicht oder die Arbeitsdisziplin verlegt, in eine niedere Kategorie überführt oder ganz von der Fabrik ausgeschlossen wird.“

Wenn schon in Ländern wie Rußland und Ungarn der Kommunismus, verbunden mit riesiger Feuerung, Knappheit usw., unhaltbare Zustände herbeiführt hat, wieviel mehr würde das in Deutschland, welches viel mehr industrialisiert ist, der Fall sein. Die Verhältnisse sind jetzt schon gerade schlimm genug bei uns.

Wie werden sich unsere neuen Zollgrenzen gestalten?

Die Ratifizierung des Friedensvertrages macht auch die Frage, wie nimmehr die neuen Zollgrenzen verlaufen werden, zu einer recht aktuellen, umso mehr, als Handel- und Gewerbetreibende bei ihren geschäftlichen Dispositionen damit rechnen müssen. Wenn man aber glaubt, daß über diese Frage schon heute eine Entscheidung vorliegt oder vorliegen kann, würde man sich schweren Täuschungen hingeben. Die Voraussetzung für die Festlegung der Zollgrenzen ist die Festlegung der Landesgrenzen, denn im allgemeinen werden, wie bisher, auch die Zollgrenzen durchaus mit den Landesgrenzen zusammenfallen. Im alten Deutschland gehörte zum Zollland bekanntlich auch noch Luxemburg, Luremburg wird aber im neuen Deutschland außerhalb des Zollverbandes bleiben. Was die Festlegung der Grenzen betrifft, so ist diese nach dem Friedensvertrag eindeutig bestimmt für den Westen, d. h. für Elsaß-Lothringen, evtl. auch das Saargebiet, ferner im Osten für Litauen, für den Freistaat Danzig und Westpreußen. In Schleswig und Oberschlesien sowie im südlichen Teil von Ostpreußen findet bestimmt noch eine Volksabstimmung statt, auf Grund deren erst die Landesgrenzen endgültig festgelegt werden können. In Posen ist die Grenze überhaupt noch heftig umstritten und wird, da zwischen uns und den Polen gewissermaßen ein latenter Kriegszustand besteht, durch die militärische Demarkationslinie bestimmt. Auf Grund dieser Verhältnisse kann man sich nun ein Bild machen, wie futuristisch und schwankend, im ganzen betrachtet, die Zollgrenzen heute liegen. Ferner

sei daran erinnert, daß die neuen Zollgrenzen rechtlich erst dann in Kraft treten, wenn die betreffenden Gebiete geräumt sind, was bisher noch nicht der Fall gewesen ist. **Einstweilen gelten rechtlich die alten Zollgrenzen,** in Wirklichkeit aber verhalten sich die Dinge völlig anders. Elßaß-Lothringen wird von den Franzosen derart behandelt, daß französische Ware von Frankreich nach Elßaß-Lothringen zollfrei hereingeht, jedoch nur für den Verbrauch der Elßaß-Lothringer. Geht derartige französische Ware dann weiter nach Deutschland, so wird sie selbstverständlich verzollt, während rein elßaßisch-lothringische Ware bis zur endgültigen Festlegung in ihrem Weitergehen nach Deutschland zollfrei bleibt. Im Saargebiet werden für französische Waren Zölle erhoben, solange bis dieses Gebiet völlig geräumt und französisches Zollgebiet geworden ist. In den abzutretenden belgischen Gebieten Eupen und Malmedy kann die Zollangelegenheit erst nach erfolgter Abstimmung, die die Grenzen des Gebietes endgültig festlegt, erledigt werden. Was den Osten betrifft, so gehört Danzig zum polnischen Zollgebiet, wogegen Ostpreußen selbstverständlich deutsches Zollgebiet bleibt. Zwischen dem übrigen Deutschland und dem davon abgesprengten Ostpreußen findet auf Grund des Friedensvertrages eine zollfreie Durchfuhr auf den Eisenbahnen über Westpreußen bezw. Danzig hinweg statt. In der Provinz Posen haben wir zurzeit weder eine Landesgrenze noch eine Zollgrenze, sondern nur einen militärischen Korridor, die Demarkationslinie. Die Verhältnisse liegen so, daß die Polen fast keine Lebensmittel aus Polen herauslassen und wir keine Fertigfabrikate aus Deutschland. Andererseits haben wir ein großes Interesse daran, Lebensmittel und Rohstoffe über die polnische Grenze zu uns hineinzubefördern, während Polen ein Interesse daran hat, von uns Fertigfabrikate zu erhalten. Daß trotz dieser strengen Abwehrmaßnahmen Schleichwege und Schmuggel blühen, braucht kaum noch hervorzuheben zu werden. Noch offener blüht dieser Schmuggel in den besetzten Gebieten im Westen, die unzweifelhaft als Zollinland zu betrachten

sind. Wenn auch hier eine Zollkontrolle geübt wird, so bringen doch die dort stehenden Truppen selbst genügend Ware hinein, sonst könnte man sich nicht den ungeheueren Ueberschuß (?) an fremden Lebensmitteln erklären, der zurzeit gerade in den besetzten Gebieten herrscht. Die deutschen Zollbehörden, denen dadurch de facto der Zoll entgeht, sind natürlich diesem ungesetzlichen Treiben gegenüber völlig machtlos. Man kann annehmen, daß bis zur Ordnung der Verhältnisse noch einige Zeit vergeht, daß aber mit dem Augenblick, wo die Landesgrenzen festgelegt sind und die betreffenden Gebiete geräumt sind, auch über die Zollgrenzen keinerlei Unklarheiten mehr bestehen werden. Diese werden, wie am Eingange bemerkt wurde, durchaus mit den Landesgrenzen zusammenfallen. („Konjektional“.)

Allgemeine Rundschau.

Ein sozialer Ausgleich bei der indirekten Steuer-gesetzgebung

wird durch eine Eingabe der christlich-nationalen Arbeiter des jüdischen Westfalens an das Reichsfinanzministerium erstrebt. Es wird darin gebeten, mit den Vorlagen über indirekte Steuern einen Gesetzesentwurf einzubringen, wonach den Familien bei vier und mehr Mitgliedern für die vierte und weitere Person ein Betrag bei der Reichseinkommensteuer gutgeschrieben bezw. zurückgezahlt wird, wenn nach Anwendung aller Steuer-erleichterungen das zu versteuernde Einkommen 4500 M. und weniger beträgt.

In der Begründung zu diesem Antrag wird u. a. ausgeführt:

„Eine Hebung der Finanznot des Reiches ist ohne indirekte Steuern nicht möglich. Indirekte Steuern, insbesondere solche auf Lebensmittel und Bedarfsartikel, sind aber roh und entbehren des sozialen Momentes. Da nun die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel bei der Umfassung nicht ausgeglichen werden können, die Zulieferer direkt ein in größerem Maße unbedingt erforderliches Lebensmittel für Kinder und alte Leute trägt, die Zündwarensteuer reich und arm gleich belastet und auch die geringwertigen Tabak- und Zigarettenarten, welche die einzigen Genussmittel der ärmeren Bevölkerung darstellen, ihren Tribut leisten müssen, ist unser Wunsch vollst. begründet.“

Die Rückvergütung hätte sich nach der Zahl der zu unterhaltenden Personen und der Höhe des Einkommens zu richten. Sie soll bei dem vierten Mitglied der Familie einsetzen und für dieses, wie für jede weitere Person, 50 M. pro Kopf ausmachen. Die Familie, welche nach Anwendung aller Steuer-erleichterungen weniger als 4500 M. Einkommen versteuert, hat Anspruch auf eine Rückvergütung. Der zu vergütende Satz ist unten höher zu bemessen wie oben, das heißt, die Rück- vergütung muß an sich gestieft sein nach dem Einkommen. Bei der Berechnung zur Einkommensteuer wurde die zu er- haltende Summe direkt in Abzug gebracht werden oder später der die Steuer übersteigende Betrag ausgegahlt werden.“

In dieser Eingabe findet der wirklich soziale Gehalt, bei der indirekten Steuer-gesetzgebung die Kinderbewerbstulden zu entlasten, Berücksichtigung. Die Eingabe ist ein neuer überzeugender Beweis dafür, daß in der christlichen Arbeiterbewegung wirklich positive Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft geleistet wird.

Die Abschaffung der Affordarbeit.

Die gänzlich Abschaffung der Affordarbeit hat im holländischen Reichland viele Erfahrungen erzielt. Die russischen Revolutionäre haben davon gelernt, daß die Afford- arbeit wieder ein. Auch in Deutschland ist in mehreren Orten die Abschaffung der Affordarbeit erzwungen worden. Die Abschaffung der Affordarbeit ist in Düsseldorf hat kürzlich eine Bekanntmachung veröffentlicht, u.

Auffehen erregte. Wenn auch die Abschaffung der Afford- arbeit nach unserer Ansicht nicht allein die in der Bekanntmachung hervorgerufenen Folgen für das Unter- nehmen gezeigt hat, so gibt dieselbe doch zu denken.

Die Firma gibt bekannt, daß sie auf Grund der Erfahrung, die sie bisher mit dem Stundenlohn machen mußte, nicht weiter arbeiten könne, da der Pfammenbruch die unvermeid- liche Folge sein würde. Die Firma habe in den Monaten April und Mai an Löhnen allein 3 1/2 Millionen Mark mehr, als der gesamte Umsatz betrage, ausgegeben. Alle übrigen Unkosten usw. für Rohstoffe usw. seien hierbei noch nicht mit- gerechnet. Die Verwaltung schlägt den Arbeitern nunmehr vor, von Mitte August ab den Stundenlohn aufzuheben und dafür wieder die Affordarbeit einzuführen. Das Werk habe in den letzten sieben Monaten ganz außerordentliche Verluste erlitten, und in den nächsten Jahren würden keinerlei Verdienste erzielt werden können. Sollte aber das Werk bestehen, so müßten wenigstens die Selbstkosten gedeckt werden. Diejenigen Arbeiter, die nicht gewillt seien, unter den neuen Verhältnissen zu arbeiten, wurden ersucht, ihre Kündigung bis zum 31. Juli einzureichen.

Ueber die Bergarbeiterlöhne

im Oberbergamtsbezirk Dortmund schrieb das sozial- demokratische „Völkische Volksblatt“ (Nr. 166) u. a. folgendes:

„Das Gesamtverdienst eines Arbeiters der Belegschaft hat sich im ersten Viertel 1919 ohne Berücksichtigung der Feuerungs- zulage und der wirtschaftlichen Beihilfen auf 1056 M. belaufen, das eines Bauers auf 1272 M. einschließlich der Feuerungszulage und ebenso zugleich der wirtschaftlichen Beihilfen stellte sich das gesamte Einkommen auf 1179 bezw. 1400 M.“

Infolge Vereinbarung zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband vom 6. Juni d. J. ist den Berg- arbeitern mit Gültigkeit vom 16. Juni eine Lohnzulage gewährt worden, die durchschnittlich 2 M. je Mann und Schicht beträgt. Der heutige Lohn für eine Schicht ist demnach — ohne wirt- schaftliche Beihilfen — auf mindestens 16.50 M. bei der Ge- samtbelegschaft und auf mehr als 20 M. bei den Kohlenbauern zu schätzen.“

Zeitgemäße und beherzigenswerte Mahnungen,

so schreibt uns ein Kollege aus einem Bezirk, wo der Gewerkschaftsstreit im Kath. Lager bis in die neueste Zeit eine größere Rolle spielte, richtet der bekannte Jesuiten- pater P. P. P. in den Flugchriften „Stimmen der Zeit“, Heft 1, an alle Katholiken. Er behandelt in der Broschüre den „Neubau der Gesellschaft“. Zunächst zeigt er die Unmöglichkeit, die Gesellschaft nach sozialistischer Methode im Sinne des Erfurter Programms wieder aufzubauen. Er zeigt dann, wie eine dauernde Gesundung der Ver- hältnisse nur möglich ist durch eine Erneuerung im Sinne des christlichen Sozialismus, wie er von der christlichen Arbeiterbewegung vertreten wird. Dabei sagt er u. a. folgendes: „Die christliche Arbeiterchaft kann also dem Sozialismus ein weit besseres, praktisch durchführbares und zugleich prinzipiell begründetes System und Programm gegenüberstellen. Es ist aber nun dringend notwendig, für solchen Neuaufbau der Gesellschafts- und Wirtschafts- verfassung wirksame Propaganda zu machen. Hierfür kommen, soweit es sich um die Arbeitermassen selbst handelt, die bisher schon erfolgreich tätigen christlichen Gewerkschaften vor allem in Betracht, zugleich mit den konfessionellen Arbeitervereinen. Diese Organisationen, wie eben- falls der Volksverein für das katholische Deutschland, verdienen, jedoch aber auch alleitige intensive Unterstützung. Sollen die christlichen Arbeiter, die in Fabriken und Werkstätten in unmittelbarem Verhältnis mit der ganzen Arbeiterschaft kommen, erfolgreiche Pro- paganda treiben für eine Neugestaltung der Verhältnisse auf christlicher Grundlage, so muß alles vermieden werden, was ihren Mut, ihre Laune mindern kann. Man muß ihnen rückhaltlos Vertrauen entgegenbringen, muß sie frei und selbständig wirken lassen, ohne jede Bevormundung, muß sie begeistern für ihre Aufgabe. Ihr Kampf wird ja siegreich sein, da sie im Besitz der Wahrheit sind.“ Der Verfasser kommt dann auf das Verhältnis der Arbeiterschaft zu den andern Ständen zu sprechen und sagt da: „Rein, gerade daß die christlichen Arbeiter nicht einseitig bloß ihre eigenen In- teressen brutal durchsetzen wollen, sondern für den Frieden zwischen Stadt und Land, für einen Ausgleich zwischen bürgerlichen und Arbeiterinteressen eintraten, beweist den staatsmännischen Charakter der führenden Männer in der christlichen Arbeiterbewegung, beweist, daß sie den deutschen Genossenschaftsgedanken, der mit der allgemeinen Genossenschaft der Staatsbürger beginnt, richtig erfasst haben.“ Außerordentlich wohlthuend berührt dann seine Offenheit, daß in der Vergangenheit auch im katholischen Lager Fehler vorgekommen sind. Es sagt darüber: „Ge- stehen wir es indes nur: auch bei uns hat manches gefehlt. Weg mit jenem verkehrten Konzeptionsismus, dem aus Begrenzung des Altes über alles geht! Neue Verhält- nisse erfordern neue Mittel, neue Wege! Wir müssen uns an die Spitze des Fortschrittes stellen, weil nur so dem Fortschritt die rechten Bahnen gewiesen werden können. Die Schlammei herunter! Fort mit dem zag- haften Wesen, aller Schlappeit und falscher Demut! Wir kämpfen für unser Vaterland, für des Volkes Wohl, für die volle Emanzipation des vierten Standes.“ Wir sind im Besitz der Wahrheit, können unserem Volke etwas bieten.“ In der Notwendigkeit der Schulung übergehend sagt er: „Auch für die Arbeiter müssen Studienzirkel gegründet werden, damit sie in den folgenden Reden und Antworten stehen, selbst aggressiv vorgehen können — im guten Sinne, mit der nötigen Sicherheit und siegesbewußten Energie. Wie schmerzte es, als dieser Tage ein intelli- genter Berliner Arbeiter es laut sagte: „Sei unsern Arbeit- vereinen verblödet wir! Was nützt es den Arbeitern, wenn der geistliche Herr einen Vortrag hält über dieses oder jenes Thema, aber das, was aktuelle Bedeutung hat, übergeht, weil er nicht davon versteht. Wird auf die Auswärtigkeit der Arbeiterprüfung überall die nötige

Sorgfalt verwendet? Der Arbeiter will unterrichtet werden darüber, was er in der Fabrik auf die Einwürfe gegen die Religion antworten soll. Er will auch in seinen wirtschaftlichen und politischen Kenntnissen gefördert werden.“

In den Kreisen der katholischen Arbeiterschaft werden die Ausführungen des verdienten Jesuitenpaters rückhalt- lose Zustimmung finden. Und ebenso, wenn er an einer anderen Stelle sagt: „Die Geistlichen dürfen die Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen nicht bevor- mundeten wollen, müssen ihnen aber wirksame Hilfe leisten im Geiste der Gerechtigkeit und Liebe.“ Besonders die katholischen Arbeiter, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind, werden sich über die entschiedene Stellungnahme zugunsten der christlichen Gewerkschaften freuen. Namentlich in den Bezirken, wo der unselige Gewerkschaftsstreit in den früheren Jahren getöbt hat und leider auch heute, trotz den ganz neuen Zeitverhält- nissen, noch nicht glatt beigelegt ist. Wenn aber Männer von der Bedeutung des Pater P. P. in dem obigen Sinne Stellung nehmen und in den gebildeten Kreisen der deutschen Katholiken die Zahl der Anhänger für eine Beilegung des alten Streites immer größer wird, so darf man hoffen, daß dieses Ziel auch in einiger Zeit erreicht wird. Unabsehbarer Nutzen wäre dadurch ge- wonnen. H. M.

Gegen die wilde Einfuhr.

Der wilde Handel an der Grenze des besetzten Ge- bietes steht in üppiger Blüte. Man braucht z. B. nur nach Düsseldorf zu kommen, wo zeitweise eine förmliche Schieberbörse in der Nähe des Hauptbahnhofes war und fast sämtliche Hotels der Stadt von Schiebern aus allen Gegenden Deutschlands belegt waren. Große Mengen verschiedenster, in Deutschland lange entbehrter Lebens- und Genussmittel, wie auch von Bedarfsgegenständen werden auf allen möglichen und unmöglichen Wegen nach dem unbesetzten Deutschland eingeschmuggelt. Sie finden hier willige Aufnahme, und die Händler, Schieber und Schiebergenossen machen glänzende Geschäfte. Ausländischer Geschäftsgeist, halschickelücker Grenzposten, ge- wissenlose Beamte und Angestellte und andere Segner der „Zwangswirtschaft“ arbeiten zusammen, um die letzten Reste von Ordnung und Organisation zu untergraben. Die deutsche Mark wandert in ungezählten Beträgen in das Ausland, zum Teil für zu hohe Preise und zum andern Teil für Waren, die dem einzelnen vielleicht wünschenswert sind, für die gesamte deutsche Wirtschaft aber angesichts der gegebenen Verhältnisse durchaus ent- behrlich sind. Die neuerliche Verschlechterung der deut- schen Valuta ist in der Hauptsache auf die Ueberhand- nahme der wilden Einfuhr an der westlichen Grenze zurückzuführen. Damit hängt aber eng zusammen die unerwünschte Verteuerung der auf dem ordnungsmäßigen Wege nach Deutschland gelangenden Waren.

Die Schieber und Schiebergenossen, die bei dem lau- fenden Verbraucher Unterstützung finden, wahren rück- sichtslos ihre Vorteile, und der einzelne Verbraucher sieht nicht die Zusammenhänge und Verderblichkeit dieser Methode. Umso mehr muß die Regierung darüber wachen, daß diese Zustände nicht noch mehr Verderben anrichten, als was durch Krieg und allgemeine Demora- lisation schon verdorben ist. Wenn darum die Regierung eine strengere Ueberwachung der Einfuhr aus dem be- setzten Gebiet anordnet und durchführt, so handelt sie nicht nur im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft, sondern sie kann auch über praktische Erfolge berichten, die dem einzelnen Verbraucher schon recht fühlbar ge- worden sind. Gegenüber dem Rückgang der Schleich- handelspreise, von dem die Presse täglich berichtet, ver- schlägt es nichts, wenn das Unterbinden des wilden Handels an der Grenze lokale Preisschwankungen auslöst. Wenn eine Zeitungsnachricht z. B. davon spricht, daß in- folge der scharfen Maßnahmen der Behörden der Preis für englische Seife von 8 bis 11 Mark gestiegen sei — Preisschwankungen, wie sie als Folge der Spekulation zu allen Zeiten und auf allen Marktgebieten vorkommen — so ist dem gegenüber zu halten, daß durch das Ein- greifen der Regierung und ihre Ernährungspolitik ein festiges Fallen der Schleichhandelspreise beobachtet wer- den konnte. Viel höher aber noch als diese Wirkung ist die Sorge um unsere Valuta zu bewerten. Der wilde Handel an der Grenze und das daraus resultierende Ab- wandern unserer Mark in das Ausland wirkt in einem Maße preisverteuernd, daß die Regierung unverantwort- lich handeln würde, wenn sie nicht alle Machtmittel an- wendete, um den volkschädigenden Auswüchsen einer stuppelosen Gewinnjucht zu steuern. Durch die Maß- nahmen der Regierung kommt nicht weniger Ware in das Land. Die Eingänge werden jedoch gleichmäßiger verteilt, und den katastrophalen Schädigungen unserer gesamten Wirtschaftspolitik kann vorgebeugt werden, wenn die Regierung über das Maß und die Art der Einfuhr bestimmt.

Schärfere Bekämpfung des Wuchers und Schleich- handels.

Der Preussische Staatskommissar hat veranlaßt, daß für Städte mit mehr als 100000 Einwohnern, sowie in größeren Industriestädten, besondere Wucherdezerate eingerichtet werden. Der Reichs Ernährungsminister hat gleichzeitig den Regierungen der deutschen Freistaaten empfohlen, soweit sie nicht bereits entsprechende Ein- richtungen besitzen, in ähnlicher Weise vorzugehen. Er weist besonders darauf hin, daß es sich empfiehlt, diese Wucherdezerate in enge Verbindung mit den Arbeiter- und Verbraucher-Organisationen zu bringen, die bei der Bekämpfung des Schleich- handels und Kriegswuchers mitwirken sollen. Diese Ver- ordnung ist auf das lebhafteste zu begrüßen. Dem Wucher und gewerksmäßigen Schleichhandel ist die nö-

gierung trotz aller Anstrengungen bis jetzt nicht Herr geworden. Durch die Wucherbezeugen wird man den Volksausbeutern auch nicht völlig ihr Handwerk legen. Aber durch die Bearbeitung aller mit Wucher und Schleichhandel zusammenhängenden Maßnahmen durch einen besonderen hauptamtlichen Bearbeiter wird die Wirksamkeit des Kampfes gegen diese Mißstände erhöht. Besonders zu begrüßen ist es, daß diese Wucherbezeugen in Verbindung mit den Verbraucher- und Arbeiterorganisationen arbeiten sollen. Die Mitwirkung aller Verbraucher ist dabei gewiß nicht überflüssig geworden.

Kassenbericht des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter.

Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter veröffentlicht seinen Kassenbericht für das Jahr 1918. Wir entnehmen ihm folgendes:

Einnahmen. Das Jahr 1918 war das günstigste Entwicklungsjahr seit Bestehen des Gewerkschafts. Wir zählten am 31. Dezember 1918 140 601 Mitglieder gegenüber 63 761 Mitgliedern am 31. Dezember 1917. Als ein Mitgliederzuwachs von 76 840 im Jahre 1918. Dementsprechend waren auch die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen. Sie betrugen im Jahre 1918 2 348 986,60 Mark gegenüber 1 241 797,97 M. im Jahre 1917. Also ein Mehr von 1 107 188,63 M. im Jahre 1918. Das gleiche Bild bei der Einnahme von Beitrittsgebühren. Im Jahre 1918 vereinnahmten wir an Beitrittsgebühren die Summe von 41 126,25 M. Im Jahre 1917 waren es 15 026 M. Also ein Mehr von 26 100,25 M. im Jahre 1918. Am 31. Dezember 1918 hatten wir 1099 Zahlstellen, 174 Zahlstellen mehr als am 31. Dezember 1917.

Ausgaben. Die Vermehrung der Mitglieder und Zahlstellen, die fortschreitende Verteuerung aller Betriebsmittel und Lebensbedingungen, die vermehrten Krankheits- und Sterbefälle, hatten auch bedeutend größere Ausgaben im Gefolge. Das Jahr 1918 erforderte Gesamtausgaben in Höhe von 1 599 722,21 M. Die Ausgaben sind gegenüber dem Jahre 1917 um 656 400,22 M. gestiegen. Das Mehr der Ausgaben im Jahre 1918 betrug bei der Hauptverwaltung 36 178,18 M., bei den Bezirksverwaltungen 148 793,46 M., bei den Zahlstellenverwaltungen 114 831,22 M., beim Rechtsschutz 28 724,23 M., bei den Vereinsorganen 95 138,96 M., bei der Kriegsunterstützung 69 391,80 M., beim Krankengeld 99 047,10 M. und beim Sterbegeld 26 212 M.

Das Vermögen hat sich im Jahre 1918 um 960 313,42 M. vermehrt. Es setzt sich folgendermaßen zusammen:

1. Barbestand in der Hauptkasse am 31. Dezember 1918	3 669 376,27 M.
2. An Grundstücken und Häusern:	
a) Hauptverwaltungsgebäude in Essen, Schützenbahn 64	627 000,— M.
b) Wohnh. m. Hinterhof, Schützenb. 66	
c) Verwaltungsgeb. in Herzogenrath	
d) Verwaltungsgeb. in Saarbrücken	
e) Verwaltungsgeb. in Heerlen in Holland	
3. Darlehen an Bruderverbände	30 000,— M.
4. Einrichtungen an der Hauptgeschäftsstelle, der Bezirksgeschäftsstellen und der Rechtsschutzbüros	62 298,58 M.
5. Bibliotheken der Hauptgeschäftsstelle, der Bezirksgeschäftsstellen und der Rechtsschutzbüros	30 000,— M.
6. Einrichtungen und Bibliotheken in den Zahlstellen	43 650,50 M.
7. Barbestand in den Zahlstellenklassen	48 860,80 M.
Zusammen 4 511 186,15 M.	

Der wahre Jakob.

Unter diesem Stichwort schreibt der „Deutsche Metallarbeiter“ Nr. 30:

Ein günstiger Stern läßt uns Einblicke tun in das Statut der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“ (Stz Düsseldorf). Sie ist syndikalistischer kommunistischer Natur und absolut den Gewerkschaften gram, vermutlich, weil diese eine gesunde, arbeiterfördernde Politik betreiben. Die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“ will die Gewerkschaften ersehen; selbstverständlich, denn die Gewerkschaften sind nach der Ansicht der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“-Menschen verspiegelt, bürokratisch, autokratisch, absolutistisch; sie dagegen, die „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“-Menschen, sind nach ihrer Meinung die geborenen wahren Demokraten, (?) die einzig und allein die Arbeiterklasse den Weg des Heiles führen können. Die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“ weiß natürlich, daß die Gewerkschaften sich durch intensive energische Arbeit für die Arbeiterrechte ein solches Fundament gelegt haben, das nicht leicht zu erschüttern ist. Da die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“ nach der Seite des Kampfes für Arbeiterrechte aber auch nicht das geringste aufzuweisen hat, so versucht sie nach der anderen Seite hin den Gewerkschaften nahe zu kommen, nämlich in bezug auf billige Beiträge. Und da präsentiert sich denn die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“, genau wie vordem die gelbe Bewegung, der Arbeiterklasse als der billige Jakob, der alle die riesengroßen Aufgaben der Arbeiterklasse mit 1 Mark (in Buchstaben: eine Mark) Jahresbeitrag und 0,50 Pf. Wochenbeitrag lösen will. Warum auch nicht. In Worten hat ja der Syndikalismus und sein Bruder Spartakus riesig viel gemacht, bloß mit den Laten war es niemals weit her.

Wir lassen etliche „Prachtblüten“ aus dem Munde des billigen Jakob folgen:

Die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“ bezweckt, sämtliche Hand- und Kopparbeiter aller Berufe in eine einheitliche Union zu vereisigen, um das

schädliche zersplitternde Gewerkschaftssystem zu beseitigen. Da die Allgemeine Arbeiter-Union eine rein wirtschaftliche und keine politische Vereinigung ist, so wird hier an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Religion Glaubens- und Gewissenssache eines jeden einzelnen Mitgliedes ist und werden Erörterungen darüber in den Versammlungen nicht gebuldet. Das Bestreben sämtlicher Mitglieder muß auf die Bessergestaltung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage gerichtet sein, ein Interesse, welches bei jedem Mitgliede vorhanden, gleich welchen Glaubens es ist. In allen wirtschaftlichen Fragen und Verhandlungen sind die Betriebs-Arbeiterausschüsse die Vertreter der Arbeiterklasse. Wird den Betriebsausschüssen Schwierigkeiten entgegengebracht, so tritt der Union-Wirtschaftsrat in Aktion.

Das Eintrittsgeld in Höhe von 1,— Mark, welches am 1. Mai eines jeden Jahres neu erhoben wird, dient zur Bezahlung der Verwaltungskosten.

Der Beitrag für sämtliche Mitglieder beträgt 0,50 pro Woche. Die Beiträge werden vorzinslich angelegt und bleiben Guthaben der Mitglieder. Die Zinsen finden Verwendung für wirtschaftliche Zwecke. Es kann jedoch den Mitgliedern aus wirtschaftlichen Gründen ein Verfügungsrecht über die Guthaben, solange sie der Union angehören, nicht eingeräumt werden.

Aus dem ganzen Programm der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“ geht zur Genüge hervor, daß sie nichts anderes bezweckt, als die Gewerkschaften zu unterminieren und eine neue „bessere Arbeitsvertretung“ zu schaffen und alles „für 1 Mark fünfzig“. Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit wird hoffentlich die notwendigen Konsequenzen gegen die „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“ ziehen.

Was die sogenannte parteipolitische und religiöse Neutralität der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“ anbelangt, so kennen wir hinlänglich Text und Melodie. Als ob von Spartakus eine Neutralität kommen könnte. Was unsere Kollegen von diesem Zersplitterungsinstitut zu halten haben, dürfte ohne weiteres einleuchten. Die Parole der Einheitsorganisation aufzuwerfen, wo ausgerechnet die Sozialdemokratie den Weltanschauungskeil in die Reihen der Arbeiterklasse getrieben und damit die größte Arbeiterzersplitterin aller Zeiten geworden ist, zeugt doch davon, daß entweder die „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“-Menschen bis jetzt auf dem Monde lebten oder auf die Dummheit derjenigen spekulieren, die nicht alle werden. Das letztere wird wohl bei der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“ der Fall sein. Die Methode des billigen Jakob sagt genug, und die Arbeiterklasse wird hoffentlich wissen, was sie vom billigen Jakob „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“ zu halten hat.

Gestern so, heute so.

In einem „Das Streikfeber“ überschriebenen Artikel des „Vorwärts“ (Nr. 345) lesen wir folgende Sätze: „Wie ehemals die Hohenzollern von servilen Kreaturen, so wird jetzt die Volksmasse von politischen Demagogen umschmeichelt und ihr eine sofortige Besserung der Lebensbedingungen versprochen, sobald diese Masse auf den Keim kriecht. Und diese noch völlig indifferenten Volksmassen glauben schließlich, durch Verweigerung ihres Dienstes eine rettende Tat zu vollbringen.“

Dem können wir in der Hauptsache zustimmen. Nur eines bleibt zu berichtigen: Nicht erst jetzt wird die Volksmasse von politischen Demagogen umschmeichelt. Das geschah auch früher schon und wie uns scheinen will, zum Teil in noch weit schlimmerem Maße, als es heute der Fall ist. Selbstmerkwürdiger fanden wir aber in den früheren Jahren die Demagogie fast ausschließlich in jener Partei, die jetzt in den oben zitierten Zeilen die Demagogie glaubt tabeln zu müssen. „Es kommt uns nicht darauf an, dieses oder jenes zu erreichen, sondern nur darauf, daß wir Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“ Das sind Worte Bebel's. Die von der Partei ausgegebenen Schlagworte konnte man bis zur Widerwärtigkeit in allen Versammlungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften vortragen hören. Den herangezogenen Durchschnittagitatoren konnte die Lebernahme dieser Schlagworte ja leicht sein, da ein eigenes selbstständiges Denken ihnen noch keine Schwierigkeiten bereitet. Aber auch die übrigen Agitatoren der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft konnte man in diesem Jargon vernehmen. Die Doktrin der Partei forderte eben die Radikalisierung der Massen, folglich fügten sie sich. Und wer früher in den Versammlungen mit diesen sozialdemokratischen Demagogen sich herumschlagen mußte, der konnte sich leicht den Stiel holen. Christliche Gewerkschaftsführer, die in der ehrlichsten Weise die Erziehung der Arbeiterklasse erstrebten, mußten sich von dieser blöden Demagogie oft in der niedrigsten Weise verbächtigen lassen. Wenn heute alles drunter und drüber geht, wenn auch in der Arbeiterklasse der Materialismus sehr viel zu vernichten droht, wer trägt die Schuld. Die Phrasen und die Demagogie der Sozialdemokratie.

Aus unserer Industrie.

Die Deutschen werden zu den Beratungen des internationalen Baumwollkongresses nicht zugelassen.

Die „Korrespondenz Textilindustrie“ berichtet: Die Zweifel, ob die deutschen Baumwollindustriellen zu den Beratungen des im Monat Oktober in New Orleans stattfindenden Baumwollkongresses eingeladen werden, sind jetzt behoben. Die Vertretung der deutschen Baumwollindustrie ist weder zu den Verhandlungen eingeladen worden noch aber wird sie zu den Beratungen zugelassen werden. Diese Tatsachen sind umso mehr zu verwun-

dern, als gerade die deutschen Baumwollindustriellen auf den früher stattgefundenen internationalen Baumwollkongressen hervorragend beteiligt waren und dort Ersprießliches erwirkten. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß auch der internationale Sekretär dieser Kongresse ein Deutscher gewesen ist. Wehrlich wie bezüglich der deutschen wird es auch wohl den österreichischen Baumwollindustriellen ergehen.

Vorläufig keine vollständige Freigabe von Wolle, Wollgarnen und Wollgeweben.

Das Reichswirtschaftsministerium hat den Antrag auf völlige Freigabe der Wolle, Wollgarne und Wollgewebe noch nicht bestätigt.

Lage des deutschen Webstoffgewerbes.

Der Verkehr auf allen Gebieten des deutschen Webstoffgewerbes hat sich in der letzten Woche wesentlich ruhiger gestaltet. Diese Tatsache dürfte wohl darauf hinarbeiten sein, daß die Einfuhr von ausländischen Textilwaren einen erheblichen Umfang angenommen hat und daß infolge des Preisrückganges für alle Textilwaren die Käufer sehr zurückhaltend geworden sind. Am schwierigsten von allen Zweigen der deutschen Textilindustrie ist die Lage der Leinen- und Juteindustrie, da sich die Aussichten für die Einfuhr von Rohstoffen bisher noch keineswegs gebessert haben. In der Seidenindustrie wird das Geschäft durch die andauernde Steigerung der Rohseidenpreise sehr erschwert.

Amerika liefert an Polen nicht nur Rohstoffe, sondern auch Textilwaren.

Während die polnischen Wollwarenfabrikanten noch auf Lieferung größerer Mengen Wolle warten, haben die amerikanischen Baumwollhändler den Lohrer Baumwollfabrikanten bereits größere Mengen roher Baumwolle geschickt, so daß einzelne Fabrikanten ihren Betrieb aufnehmen in der Lage waren. Jetzt wird aber bekannt, daß Amerika die überschüssigen großen Mengen von Textilwaren ebenfalls nach Polen dirigiert hat. Dieser Umstand hat bei den polnischen Textilindustriellen durchaus keine Freude erregt. Sie fürchten, daß die Ueberflutung mit amerikanischen Textilwaren die Preise für ihre Erzeugnisse sehr drücken wird, was umso unangenehmer ist, als sie die Rohstoffe in Amerika sehr teuer bezahlen mußten.

Keine Baumwolle für die österreichische Textilindustrie.

Neuerdings wird wieder berichtet, daß von Seiten Amerikas der Deutsch-Österreichischen Baumwollindustrie Rohbaumwolle in größeren Mengen zur Verfügung gestellt sei. Diese Nachricht ist falsch. Nur die Baumwollindustriellen in der tschechisch-slowakischen Republik haben durch Vermittlung Englands jetzt größere Posten von amerikanischer Baumwolle erhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Betriebe wieder in Gang setzen zu können.

Aus unserer Bewegung.

Parteilosigkeit in den Gewerkschaften

beeinträchtigt die praktische gewerkschaftliche Arbeit und schädigt die Arbeiterinteressen. Gegenwärtig bestätigt sich das immer mehr. Die gewerkschaftlichen Arbeiten und Aufgaben liegen in einer Richtung, die ein einträchtiges Zusammenarbeiten von Anhängern verschiedener politischer Parteien innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ermöglichen. Wird aber die Parteilosigkeit in die Gewerkschaften hineingetragen, so lenkt man das gewerkschaftliche Denken und Arbeiten auf eine abseits der Gewerkschaftsbewegung liegende Bahn und macht die Gewerkschaft zum Zummelplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen und Leiden. Damit wird die Einigkeit der Arbeiter geschwächt und der Gedanke der praktischen, aufbauenden Gewerkschaftsarbeit geschädigt. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen der unabhängigen Sozialisten und Mehrheitssozialisten innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung sind vielerorts bereits an einem Punkt angelangt, daß die gewerkschaftliche Arbeit schwer darunter leidet. Die parteipolitischen Reden und Schimpfereien bringen den Arbeitern keine gewerkschaftlichen Erfolge.

Im „Vorwärts“ wird z. B. am 5. August berichtet, daß der Streik im mitteldeutschen Kalirevier von radikalen Elementen geführt werde, um den von den Gewerkschaften nach vieler Mühe zustande gebrachten Tarifvertrag zu zerreißen, damit der unregelmäßige Zustand wieder eintrete, der den unabhängigen Kommunisten Handhaben für ihre Tollhausexperimente bietet. In der gleichen Nummer berichtet dasselbe Blatt von einer vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Berlin einberufenen Versammlung, in welcher ein unabhängiger Redner auftrat. Nach einer rein politisch inhaltlosen, aber desto lauterem Schimpfede drängte er der als rein gewerkschaftlich einberufenen Versammlung eine Resolution gegen die Schutzhäufig auf. Da ein Redner, der sich gegen diese demagogische Ausschächtung der Versammlung wandte, planmäßig niedergeschrien wurde, gelangte die Resolution zur Annahme. Die eigentliche gewerkschaftliche Tagesordnung wurde danach nur wie ein notwendiges Übel abgehaut. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist von jeher streng parteipolitisch neutral. Parteilosigkeit gehört außerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sollen wir uns den gewerkschaftlichen Aufgaben widmen. Weil wir den parteipolitischen Radikalismus nicht mitmachen, werden wir von den radikalen Sozialisten

üfter angegriffen. Letztere glauben, daß das Vertreten von Arbeiterinteressen gleichbedeutend ist mit gewaltigem Schimpfen und daß die Gewerkschaften radikal-sozialistische Politik machen müssen. Viele dieser Schreier haben erst nach dem 9. November ihr radikales Herz entdeckt und früher, als es wirklich Mut und Ueberzeugungstreue kostete, die Arbeiterinteressen zu vertreten, waren diese Leute nicht zu haben. Aber selbst wo das auch nicht der Fall ist, machen wir doch tagtäglich die Erfahrung, daß die Taten der ganz Radikalen oft sehr kümmerlich sind. Es ist eben viel leichter, radikale Reden zu schwingen, als sachliche praktische Arbeit zu leisten und z. B. in tagelang dauernden Verhandlungen Erfolge für die Arbeiter zu erzielen. Manche Schreier gegen unseren Verband haben das auch schon erfahren. Ruhige, sachliche und zielbewußte gewerkschaftliche Arbeit wird uns auch weiter vorwärts bringen. Dabei halten wir uns von Parteipolitik fern. Wenn auch bei den gegenwärtigen Strömungen und Stimmungen der politische Radikalismus gewisse Anziehungskraft hat und agitatorische Augenblickserfolge erzielen kann, so ist damit dauernd nichts gewonnen. Im Gegenteil: das Mißverhältnis zwischen Verprechen und Halten, radikalen Reden und praktischem Erfolg wird letzten Endes so stark zu Tage treten, daß Mißtrauen, Verzweiflung und Rückläufigkeit sich in der Bewegung sehr stark bemerkbar machen werden. Davor wollen wir unsere Bewegung bewahren. In letzter Zeit mehrten sich vielfach die Kämpfe gegen unseren Verband. Das Verenden unserer Front wird vergeblich sein. Die Zukunft wird es beweisen.

Wie man spart. (Etwas zum Nachdenken.)

Frug ich neulich die Frau eines Gewerkschaftlers, ob sie denn mit dem, was ihr Mann „nun“ verdiene, auskäme, was bei dem Tariflohn annähernd von mir vorausgesetzt wurde. Sie erhielt dann folgende Antwort: „Sorgen will es halt immer nicht; 6 Kinder wollen viel wissen. Trotzdem ich mit meiner Heimarbeit noch 20 und mehr Mark dazu verdiene im Monat“. Während sie so erzählte und auch erwähnte, daß der Mann schon von einem höheren Verbandsbeitrag gesprochen, kam ein Kind vom Krümer und brachte zwei Zigarren à 75 Pf. Da ich etwas verwundert drein sah, entgegnete die Frau: „Zwei Zigarren muß mein Mann jeden Tag haben, des Sonntags auch mehr.“ Was macht dies im Monat? Das Sämnchen von 45 Mark. 45 Mark für Rauchmaterialien im Monat, 21 Mark Verdienst der Frau in gleicher Zeit, und „o Schred“ schließlich gar noch — 80 Pf. Verbandsbeitrag mehr... im Monat...

Sau Württemberg. (Konferenz)

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für unseren christl. sozialen Textilarbeiterverband gefahrte sich die am Sonntag, den 3. August im „goldenen Hecht“ in Ulm abgehaltene Wahlkreis-Konferenz, die für die Kreise „Ob- und Mittelschwaben“ veranstaltetet war. Es waren von 24 Ortsgruppen 140 Delegierte und Konferenzteilnehmer erschienen, während drei Ortsgruppen nicht vertreten waren. Kollege D. Rümmele gab den Gaudbericht, Kollege Bund hielt ein Referat über „Agitations- und Organisationsfragen“ und Kollege Kammerer erstattete einen Vortrag über den „Betriebsratentum“. Als Delegierte für die außerordentliche Verbandsgeneralversammlung wurden Kollege Desterle, Klingenstein, und Kollegin Kugel, Heubach, gewählt. Stellvertretende Delegierte sind Kollege Reiche, Wangen, und Kollege Leppert in Deggingen. Von der Konferenz wurden insgesamt sieben Anträge zur Verbandsgeneralversammlung durchberatet und einstimmig angenommen. Da diese Anträge teilweise im Verbandsorgan zum Abdruck kommen, verzichten wir hier auf die Wiederholung, bemerken aber, daß sie sich auf die Beitragssfrage, Unterstützungsweisen, Statuten, Zeitungsangelegenheit, Gewerkschaftsschule und Gesamtverbandssekretariate beziehen.

Im Gaudbericht konnte auf ein erfreuliches Wachstum unserer Sache hingewiesen werden. Die Zahl der Ortsgruppen im ersten, zweiten und im dritten Quartal ist um 33 gestiegen. Das Verhältnis zu der gegenwärtigen Organisation und zu den Unternehmern sowie die allgemeine Lage wurden ebenfalls kurzgefasst. Es kann festgestellt werden, daß die Konferenz von einem frischen, frohen christlich-sozialen Gewerkschaftsgeist getragen war, der sich insbesondere in den einzelnen Gruppen auswirkte. Die im Schlußwort ausgegebene Losung fand begeisterte Aufnahme, nämlich: „Nie gut christlich sozial, allertwege!“

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. (Mehr Demokratie.)

Man redet jetzt überall von Demokratie. Daß viele derjenigen, die laut davon reden, in der Praxis nicht danach handeln, ist bekannt. Man braucht nur an die Unabwankbarkeit vieler radikaler Sozialisten gegenüber unseren Mitgliedern auf den Arbeitsplätzen zu erinnern. Terrorismus und Ausschaltung christlicher Arbeiter sind das Gegenteil von Demokratie. Wer die Demokratie mißbraucht, beweist damit, daß er nicht reif für größere Rechte ist und nicht das notwendige Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesamtheit besitzt. Wir können zu unseren Mitgliedern das Bestreben haben, daß sie größere Rechte auch mitbringen für die Gesamtheit verwerten. Dem entsprechend sollte auch unsere Verbands-Generalversammlung einen Weg finden, der zu größerer Demokratie in unserem Verbands führt. In letzter Linie entscheiden ja zwar die Mitglieder durch die Verbands-

Generalversammlung, jedoch muß der Anteil der Mitglieder an der ganzen Verwaltung und Führung des Verbandes größer sein. Deshalb bin ich dafür, daß im Zentralvorstand auch Mitglieder aus dem Arbeitsverhältnis vertreten sein sollten; ferner sollte in den Bezirken bei den Bezirksleitungen und Lokalsekretariaten den Mitgliedern durch besondere Kommissionen oder Ausschüsse ein größeres Mitbestimmungsrecht gegeben werden. Möge man in diesem Sinne dem Verbands einen demokratischeren Aufbau geben; es wird zum Nutzen des Ganzen sein. B. Scholt i. Westf.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Kalen (Witbg.). Ueber die Wahlkreis-Konferenz und über die bevorstehende Verbandsgeneralversammlung hatten wir in unserer letzten Versammlung im „Rad“ einen Vortrag. Ueber die vor einiger Zeit mit den Firmen Klaus und Seeger mit gutem Erfolg geführten Lohnbewegungen wurde zusammenfassend noch einmal berichtet. Die Vorsitzende Kollegin Müller dankte dem Kollegen Rümmele und damit dem Verband, daß er auch in Kalen dafür gesorgt habe, daß die Wünsche der Textilarbeiterinnen besser geworden seien. Es wurde noch beschlossen, eine Anzahl Delegierten zur Ulmer Konferenz zu entsenden.

Epe (Westf.). (Geschäftsergebnis der Baumwollspinnerei Germania.) Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1918 einen Fabrikationsgewinn von 842742 (i. E. 945802) M. Nach Abzug von 335507 (285455) M. Fabrikationskosten und 329649 (298501) M. diverser Unkosten sowie Verrechnung der Abschreibungen auf 268830 (266307) M. ergibt sich ein Verlust von 91251 M., welcher aus dem Vortrage aus 1917 von 117890 M., gedeckt wird, so daß ein Ueberfluß von 26635 M. verbleibt, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. (Das Vorjahr ergab einschließlich 132401 M. Vortrag 1916 einen Reingewinn von 302439 M., aus dem eine Dividende von 5 Prozent gezahlt wurde). Den Verlust erklärt der Geschäftsbericht dadurch, daß infolge Mangel an Kohlen und Holzstoffen die Ausnützung der Fabrikanlagen im vergangenen Geschäftsjahre erheblich beeinträchtigt wurde, und daß die vorgeschriebenen Höchstpreise nicht zur Deckung der fortgesetzt steigenden Herstellungskosten ausreichen. Ueber die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr kann der Vorstand keine Angaben machen.

Stillingen. Die Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Stillingen beschäftigt ungefähr 900 Arbeiter, von denen der größte Teil im christlichen Textilarbeiterverband organisiert ist. Die Handwerker der Firma, die nur einen geringen Prozentsatz der Arbeiterschaft ausmachen, haben sich teilweise dem christlichen Metallarbeiterverband und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angeschlossen, wobei letzterer in der Mehrheit ist. Schon im März fanden bei den Firmen erstmals Lohnverhandlungen statt, die vom christlichen Textilarbeiterverband eingeleitet und zum Abschluß gebracht wurden. Die Festsetzung der Lohnsätze für die Handwerker und der für sie sonst wichtigen Bestimmungen blieb damals den Handwerkern selbst überlassen. Die Verhandlungen darüber führten ein dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angehörendes Arbeiterausschussmitglied in technischen Büro der Firma. Die dort vereinbarten Löhne für die Handwerker wurden dem Abkommen für die gesamte Arbeiterschaft der Firma beigegeben.

In der gegenwärtigen Zeit beschäftigt sich die Arbeiterschaft wieder mit der Lohnfrage. Für die Textilarbeiter finden in Freiburg durch die Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie Verhandlungen statt, die noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Eine vorläufige Regelung der Löhne der Textilarbeiter ist durch Annahme des Schlichtungsausschusses erfolgt, der der Arbeiterschaft eine 40prozentige Lohnsteigerung zubilligte. Auch die Handwerker sind dabei, ihre Lohnverhältnisse der Zeit entsprechend zu regeln. Um nun ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen hatte sich der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes mit dem Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes, Herrn Schulenburg in Verbindung gesetzt, auf seine Anfrage aber einen ausweichenden Bescheid erhalten. Mit der Firma sollte nun am 4. August über die Neuregelung der Handwerkerlöhne verhandelt werden. Der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde hierauf durch die Firma verständigt. Vor Beginn der Verhandlungen erklärte Herr Schulenburg vom sozialdemokratischen Verband, im Beisein des Vertreters des christlichen Verbandes nicht verhandeln zu wollen und sprach von christlicher Dreistigkeit und Frechheit. Begründet hat Herr Schulenburg seine „noble“ Handlungsweise damit, der christliche Textilarbeiterverband habe ihn bei früheren Verhandlungen ausgebeutet. Gemeint sind die Lohnverhandlungen im März. Das ist keineswegs die Tatsache. Aus unsern obigen Ausführungen geht schon klar hervor, daß wir nicht beansprucht haben, die Lohnverhältnisse der Handwerker zu regeln, sondern das den Handwerkern überlassen haben. Wir hatten also kein Interesse daran, Herrn Schulenburg oder seinen Verband bei den Verhandlungen auszusperren. Wenn Herr Schulenburg an den Verhandlungen nicht teilnahm, so werden dafür wohl andere Gründe maßgebend gewesen sein. Die Handlungsweise Schulenburgs ist für uns durchsichtig genug, um zu wissen, daß damit lediglich agitatorische Zwecke verfolgt werden sollten. Wir bemerken noch, daß auch kein Beamter der Ortsverwaltung Karlsruhe des deutschen Metallarbeiterverbandes dem Vertreter unseres Verbandes in Karlsruhe in beratender Weise entgegengetreten ist, wie Herr Schulenburg. Bei solchen Vorkommnissen braucht man sich nicht zu wundern, wenn hier und dort die Unabwankbarkeit einzelner Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften in dem Verhalten der von ihnen Geschickten zum Ausdruck kommt und Fälle von Terrorismus zeitigt, wie sie in Mannheim, Stuttgart und anderen Orten zu verzeichnen sind. Wenn wir dazu weiter sehen, wie innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung der Kampf in den eigenen Reihen aufs heftigste entbrannt ist und deshalb zeitigt wie in Mannheim, Karlsruhe (Seidindustrie) und bei den Bergwerken Mannheim, so daß die Führer selbst bitter Klage führen darüber, so finden wir auch hier wieder das Sprichwort bewährter: „Wie die Saat, so die Ernte.“

Stillingen. Im Witbg., den 31. Juli, fanden in den Fabriken der Firmen „Böhme Baumwollspinnerei und Weberei Karol“ und „Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Stillingen“ vom christlichen Textilarbeiterverband einbezogene Wahlbestimmungen statt, die sich mit dem gewählten Stand der Wahlkreis-Konferenz deckten. Bericht über die Wahlbestimmungen: Stillingen. Nachdem der Bericht der Schaffung eines einheitlichen Tarifs für die Textilindustrie in Baden durch die bestehenden Arbeitsgemeinschaften in der Sitzung in Freiburg am 7. Juli ergebnislos geblieben war, wurde ein Einverständnis mit der Arbeiterschaft beschlossen,

auf die bestehenden Verträge eine Teuerungszulage von 50 Prozent bei den Schlichtungsausschüssen einzufordern. Der Schlichtungsausschuss Karlsruhe befaßte sich am letzten Dienstag mit der Angelegenheit. Nach längeren Verhandlungen wurde den oben genannten Firmen die Zahlung einer Teuerungszulage von 40 Prozent zu den alten Tariflöhnen aufgelegt. Diese Zulage soll mit dem 15. Juli in Kraft treten und bis zum Zustandekommen eines neuen Tarifes Geltung haben. Die anschließende Aussprache führte zur Annahme folgender Entscheidung: „Die Arbeiterschaft in der Textilindustrie des Abtals nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss Karlsruhe. Sie spricht ihr Bedauern darüber aus, daß nicht alle Wünsche voll befriedigt wurden. Trotzdem der gefällte Schiebspruch nicht den Erwartungen der Arbeiterschaft entspricht ist sie bereit, die anerkannte Teuerungszulage von 40 Prozent zu den alten Tariflöhnen als vorläufigen Ausgleich bis zur endgültigen Festlegung eines neuen Tarifes für die Textilindustrie in Baden anzunehmen. Unter ausdrücklicher Betonung des Festhaltens an dem bisher in der Lohnfrage eingenommenen Standpunkt, wie er in der Erklärung der Gewerkschaftsvertreter anlässlich der Verhandlung in Freiburg am 7. Juli zum Ausdruck gebracht wurde, spricht die Arbeiterschaft die Erwartung aus, daß der neubestehende Vertrag von dem Tage an in Kraft tritt, auf den der alte Vertrag gekündigt wurde. Die Gewerkschaftsvertreter bei der Arbeitsgemeinschaft werden beauftragt, bei den demnächst stattfindenden Verhandlungen in diesem Sinne zu wirken.“

Grevenbroich. Eine seltene Erscheinung und darum beachtenswert ist eine Ortsgruppe mit über 200 Mitgliedern (darunter auch eine Anzahl männliche), aber mit einer Kollegin an der Spitze. Die junge Ortsgruppe Grevenbroich, mit der Kollegin Böhlen als Leiterin, macht gute Fortschritte und bringt damit wieder den Beweis, daß auch unter den Arbeiterinnen solche mit Energie und Tatkraft zu finden sind. Gewiß eine rühmliche Ausnahme, aber jedenfalls sehen wir, daß da, wo die Kolleginnen auf den richtigen Posten gestellt werden, auch sie ihren „Mann“ stellen und für unsere Bewegung etwas leisten können. Mögen aber auch unsere Kolleginnen sich daran ein Beispiel nehmen, ihre weibliche Sache etwas ablegen und sich überall Geltung verschaffen. Für die Mitglieder der Ortsgruppe Grevenbroich haben wir auch schon wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen. Der Gladbacher Tarif für Baumwoll-, Woll- und Fadenweberei ist von den Firmen in Grevenbroich und Jüchen anerkannt worden. Das bedeutet für viele der dortigen Arbeiterinnen und Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 25 bis 30 Prozent. Bei den Baumwollspinnereien werden wir in den nächsten Tagen auch zu einem günstigen Ergebnis kommen. Darüber sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen; sobald hier ein Resultat vorliegt, werden wir darüber berichten. Wollen die Kolleginnen und Kollegen sich die errungenen Erfolge für immer sichern, dann müssen sie auch in Zukunft treu zu ihrer Organisation halten.

Ravensburg. Seit einiger Zeit fand unser christlich-sozialer Textilarbeiterverband in Verhandlungen mit den hiesigen Gardinenfabriken und anderen Arbeitgebern, damit für die Ravensburger Textilarbeiter die stark verbesserten Löhne und Arbeitsverhältnisse der Neuzeit angepaßt werden. In der gut besuchten Versammlung vom 31. Juli konnte Kollege D. Rümmele den vereinbarten Tarif zur Begutachtung vorlegen und von den erzielten Verbesserungen berichten. Die Versammlung nahm die Abmachungen einstimmig an. Der Vorsitzende Kollege Seiger dankte sowohl dem Referenten als auch den Anwesenden und bat alle, daß jeder seine Dankbarkeit und Anerkennung vor allem durch Werben neuer Mitglieder bekunden möge.

Neuklingen. Am Sonntag, den 27. Juli, fand im „Deutschen Haus“ eine gut besuchte Versammlung statt, zu welcher auch die Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppen von Neuklingen herum erschienen waren. Als Referent war Kollege Bund aus Spöppingen anwesend, der in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Gewerkschafts- und Wirtschaftsleben sprach. Eingewiesen wurde ferner auf die Wahlkreis-Konferenz, auf die Tariffrage. Einige örtliche Angelegenheiten kamen ebenfalls zur Erledigung. Der Vorsitzende Kollege Rühlbacher dankte den zahlreich erschienenen und dem Kollegen Bund für seine einmündigen Ausführungen und spornte zur weiteren tatkräftigen Agitationsarbeit an.

Unterföchen (Witbg.). In unserer letzten Versammlung erstattete Kollege D. Rümmele, Ulm, Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung mit der Firma Egelhaaf Sohn. Es konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß auch diese Lohnbewegung für unsere Mitglieder ein schöner Erfolg ist und allen Arbeiterinnen wieder einmal besser als alle schönen Worte gezeigt hat, daß unser christlich-sozialer Textilarbeiterverband für seine Mitglieder durch Taten zu sorgen weiß. Eine Anzahl Neuaufnahmen konnten gemacht werden.

Sekretariatsbezirk Odenkirchen.

Den Kolleginnen und Kollegen unserer Ortsgruppen zur gefälligen Kenntnisnahme, daß sich unsere Geschäftsstelle bis auf weiteres in Odenkirchen, Burgstraße 2, befindet.

Winand Müller.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Arbeit oder völlige Verelendung? — Der Anfang ist Kommunismus, das Ende Elend und Gewaltanwendung gegen die Arbeiter. — Wie werden sich unsere neuen Zollgrenzen gestalten? — Allgemeine Rundschau: Ein sozialer Ausgleich bei der indirekten Steuererhebung. — Die Abschaffung der Affektarbeit. — Ueber die Bergarbeiterlöhne. — Zeitgemäße und beherzigenswerte Mahnungen. — Gegen die wilde Einfuhr. — Schärfere Bekämpfung des Buchers und Schleißhandels. — Lassenberichts des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. — Der wahre Jakob. — Gestern so, heute so. — Aus unserer Industrie: Die Deutschen werden zu den Beratungen des internationalen Baumwollkongresses nicht zugelassen. — Vorläufig keine vollständige Freigabe von Wollen, Wollgarne und Wollgeweben. — Lage des deutschen Wollstoffgewerbes. — Amerika liefert an Polen nicht nur Rohstoffe, sondern auch Textilwaren. — Keine Baumwolle für die österreichische Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: Parteipolitik in den Gewerkschaften. — Wie man spart. (Etwas zum Nachdenken.) — Sau Württemberg. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Vitbg., Epe (Westf.), Stillingen, — Grevenbroich, — Ravensburg, — Neuklingen, — Unterföchen (Witbg.), — Sekretariatsbezirk Odenkirchen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Müller, Kreisell.